

## Ein ökologisches Sachsen

### Antrag: A 42

#### Beschluss des Landesparteitages: Annahme

#### Stärkung des Öffentlichen Personennahverkehrs in Sachsen

Die SPD Sachsen setzt sich für eine stärkere Landeszuständigkeit für den Öffentlichen Personennahverkehr in Sachsen ein. Insbesondere das Grundgerüst für das Nahverkehrsnetz soll in der direkten Verantwortung des Landes liegen. Die Aufgabenträgerschaft für den Straßenpersonennahverkehr (Bus und Straßenbahn) und Sonderverkehrsmittel (Fähren, Bergbahnen etc.) soll weiterhin in der Verantwortung der Landkreise und Kreisfreien Städte bzw. der Verkehrsverbünde liegen. Die Möglichkeiten zur Finanzierung sachfremder Leistungen aus den Nahverkehrstöpfen (z.B. für Tourismus) sollen stark eingeschränkt werden. Der Freistaat soll aufgefordert werden, die vom Bund bereitgestellten Mittel für den Öffentlichen Personennahverkehr komplett zweckbestimmt zu verwenden und ggf. weiterzureichen.

Aufgrund der demografischen Entwicklung und der oftmals veralteten Fahrzeugtechnik der Verkehrsbetriebe in Sachsen soll ein Landesprogramm zur Förderung von Niederflurtechnik bei Neuanschaffungen (Bus, Bahn, Tram) aufgelegt werden.

Die SPD Sachsen setzt sich auch für eine Ausweitung der Tarifverbünde, perspektivisch bis auf ganz Mitteldeutschland, ein. An den Grenzen der Tarifgemeinschaften sollen diese durch Sondervereinbarungen, Sonderregelungen und gegenseitige Anerkennungen künstliche Grenzziehungen durch Wirtschaftsräume verhindern.

Diese Forderungen sollen in enger Abstimmung mit den Ländern Sachsen-Anhalt und Thüringen weiterentwickelt und umgesetzt werden, um den Öffentlichen Personennahverkehr im gesamten mitteldeutschen Raum aufeinander anzupassen und abzustimmen.

Eine bessere bundesweite Abstimmung des Öffentlichen Personennahverkehrs soll durch die Schaffung eines Bundesnahverkehrsrates, dem u.a. VertreterInnen des Bundesverkehrsministeriums, der Verkehrsverbände, der Verkehrsgesellschaften und **Mitglieder aus Fahrgastbeiräten angehören, erreicht werden.**

Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, entsprechende Initiativen im Sächsischen Landtag einzubringen.

Votum: in geänderter Fassung mehrheitlich angenommen